

Ausblick: Über 1:12 hinaus

Mattea Meyer

Bei einem Geburtstagsfest erhalten alle ein Stück Kuchen und im Zug hat nicht einer allein vier Plätze, während drei andere stehen müssen. Verteilungsgerechtigkeit ist im Alltag eine Selbstverständlichkeit. Doch sobald es nicht mehr um Geburtstagskuchen sondern Millionen geht, wird Ungleichheit für viele zu einem Naturgesetz. Es wird als etwas Unveränderliches akzeptiert. Warum sich ein paar wenige immer grössere Kuchenstücke nehmen und der grosse Rest sich mit Krümel begnügen muss, bleibt ebenso unhinterfragt wie die Frage, wer die Macht besitzt, darüber zu entscheiden.

Die 1:12-Initiative will genau diese Fragen auf die politische Agenda setzen und damit die Bürgerlichen und Abzocker zu einer Antwort in einem linken Diskursrahmen zwingen. Und die Initiative zeigt erste Wirkung: Die Bürgerlichen müssen aus der Defensive reagieren und behaupten, dass auch sie Abzocker-Löhne ablehnen. Der kommende Abstimmungskampf bietet uns die Chance einen Diskursrahmen zu etablieren, welcher über die 1:12-Initiative hinausgeht und wichtig für die kommenden Jahren sein wird. Denn eine Reihe von Abstimmungen und politischen Projekten kommt auf uns zu, denen die Analyse einer massiven Ungleichheit und die Forderung nach einer gerechteren (Rück-)Verteilung gemein sind. Während die 1:12-Initiative und die Mindestlohninitiative an der Primär-Verteilung rütteln, fordern die Initiativen zur Erbschaftsteuer und Pauschalbesteuerung die Reichen zur Kasse. Warum aber ist es überhaupt wichtig, Verteilungsgerechtigkeit zu einem Politikum zu machen?

Ungleichheit schadet der Gesellschaft

Die Vermögens- und Einkommenskonzentration sind nicht

Folge oder Schuld von ein paar wenigen, moralisch fehlgeleiteten Managern, die wieder auf den Pfad der Tugend gebracht werden müssen. Sie sind vielmehr Ausdruck der Machtverhältnisse der heutigen Gesellschaftsordnung, die systematisch Gewinner und Verliererinnen erzeugt. Einige wenige eignen sich, weil sie grosse Vermögen besitzen oder mächtige Positionen in Unternehmen bekleiden, den Reichtum an, der von allen gemeinsam erarbeitet wird. Diese ungleiche und ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung verunmöglicht nicht nur sehr vielen Menschen, ein Leben in Würde zu führen, die eigenen Bedürfnisse zu decken und an der Gesellschaft zu partizipieren, sondern gefährden auch die Stabilität der Wirtschaft und den Zusammenhalt der Gesellschaft als Ganzes.¹

Konzentriert sich ein Grossteil des Einkommens bei einigen wenigen, wird die für die Wirtschaft unerlässliche Nachfrage untergraben. Im Gegensatz zu den Haushalten mit kleinen und mittleren Einkommen geben die Reichsten für jeden Franken Einkommen weniger für den Konsum aus. Stattdessen platzieren sie ihr Geld spekulativ auf den Finanzmärkten, wo sich letztendlich gefährliche Blasen bilden. Welche Schäden die darauffolgenden Finanzkrisen anrichten können, erleben wir zurzeit eindrücklich. Die Ungleichheit gefährdet auch die Produktivität unserer Wirtschaft. Sie führt dazu, dass sich die grosse Mehrheit unfair behandelt fühlt, was die Motivation schmälert, das Beste zu geben. Ist die Ungleichheit gross, fehlt den tiefen Einkommen zudem oft das Geld, um ihren Kindern die Ausbildung zu ermöglichen.²

Weil den Reichsten ausserdem in grossem Stil Steuergeschenke verteilt werden, fehlt das Geld für wichtige staatliche Investitionen in Bildung, Gesundheit, Sozialwerke, Infrastruktur und nicht zuletzt den ökologischen Umbau. Das gefährdet letztlich den Wohlstand in der Zukunft. Es verwundert deshalb nicht, dass die Wirtschaft weniger wächst, je höher die Ungleichheit ist.³ Die Folgen – zu tiefe Löhne, Renten, Arbeitslosigkeit – werden auf den Sozialstaat und somit auf die Gesellschaft als Ganzes überwältzt.⁴

Für eine progressive, linke Politik ist es zentral, dass über diese Ungleichheit gesprochen wird. Während die bürgerlichen Parteien gegen AusländerInnen hetzen und so die Unzufriedenheit vieler abzuholen versuchen, wollen wir die Frage aufs Tapet bringen, wie der gemeinsam erarbeitete Reichtum aufgeteilt werden soll.

Gerechte Verteilung ist sinnvoll

Eine gerechte Verteilung ist Voraussetzung dafür, dass alle ihre Bedürfnisse decken, ihre Fähigkeiten entfalten und ein selbstbestimmtes Leben ohne Existenzängste und in Freiheit führen können. Damit fordern wir *die* Freiheit ein, welche die Bürgerlichen nur ein paar wenigen zugestehen und als ›Wirtschaftsfreiheit‹ propagieren. Demokratie kann ohne gerechte Verteilung nicht funktionieren – schliesslich wollen wir eine Gesellschaft, in der alle mitbestimmen können. Demokratie darf nicht zu einer Plutokratie verkommen, wo Abstimmungen nur noch eine Schaubühne für unwesentliche Fragestellungen sind.

Die gerechte Verteilung wird durch eine Rückverteilung des gemeinsam erwirtschafteten Reichtums angestrebt, was auch ökonomisch sinnvoll ist. Wenn die Menschen gerecht entlohnt werden, können sie sich mehr leisten und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Geld wird nicht mehr auf den Finanzmärkten verspekuliert, sondern stärkt die Kaufkraft der Menschen und macht die Wirtschaft stabiler. Mit der Rückverteilung können staatliche Leistungen und der ökologische Umbau der Wirtschaft finanziert werden, was allen zugute kommt.

Die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit und Gleichheit stellt deshalb zu Recht ein wichtiges Politikum dar. Wie aber lässt sich diese Forderung konkretisieren?

Lohngerechtigkeit

Die 1:12-Initiative ist eine erste Antwort auf diese Vermögens- und Einkommenskonzentration. Mit ihr können die

Löhne der Topverdienenden künftig nur noch im Gleichschritt mit den Löhnen aller anderen Arbeitnehmenden steigen. Sie alleine garantiert aber noch keine existenzsichernden Löhne für alle Arbeitnehmenden in der Schweiz.

Damit ein Arbeitseinkommen für alle ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, braucht es einen Mindestlohn von 4000 Franken, wie ihn die Gewerkschaften und linken Parteien mit einer Initiative fordern. Auch in der ›reichen‹ Schweiz ist Arbeitsarmut für viele Menschen Realität – und wirtschaftspolitisch gewollt. Die Aussage des Arbeitgeberpräsidenten Valentin Vogt im April vergangenen Jahres treibt diese Pervertierung des Systems auf die Spitze: *»Nicht jeder Lohn kann für eine Familie existenzsichernd sein (...) Wo ausnahmsweise das Haushaltseinkommen nicht ausreicht, gewährleisten Sozialversicherungen und Sozialhilfe die Existenzsicherung.«*⁵ Während Privaten die Gewinne zufallen, soll die Gesellschaft die Lasten tragen.

Darüber hinaus können den Mächtigen weitere Schranken gesetzt werden – ein Vorbild hierfür kann die EU sein, welche bei Banken die Boni auf die Höhe des Fixlohns beschränken will. In eine ähnliche Richtung geht die Forderung nach einer Boni-Steuer, welche Vergütungen von über zwei oder drei Millionen Franken als Gewinn versteuern will und in der Debatte zur Abzocker-Initiative von einer bürgerlichen Mehrheit verworfen wurde.

Gerechte Vermögensverteilung

Die Vermögensungleichheit, die ein paar wenigen gewaltige Einkommen ermöglicht, sowie die bürgerliche Steuerpolitik zugunsten der Reichsten werden auch mit gerechten Löhnen andauern. Eine Perversion des kapitalistischen Systems liegt darin, dass Reiche dank Vermögenseinkommen automatisch immer reicher werden – mit Leistung hat dies jedoch nichts zu tun. Die grossen Vermögen wurden in letzter Zeit mit Steuersenkungen durch den Staat zusätzlich noch grosszügig beschenkt: Zahlreiche Kantone schafften die Erbschaftssteuer gänzlich ab oder verringerten sie mas-

siv, gewisse Liegenschaftssteuern wurden eliminiert oder herabgesetzt und zahlreiche Reiche profitieren von den steuerfreien Dividendenausschüttungen nach der Unternehmenssteuerreform II. Zudem führt das nationale und internationale Steuerdumping zu immer tieferen Unternehmenssteuersätzen. Schliesslich ist die Umverteilungswirkung der Schweizer Steuerpolitik traditionell sehr gering. Das wirkt der Einkommens- und Vermögenskonzentration nicht entgegen – und erschwert die Finanzierung von gesellschaftlichen Leistungen.

Das Denknetz rechnet vor, dass mit einer stärkeren Besteuerung der Reichsten und der Grossunternehmen jährlich 25 Milliarden Franken rückverteilt werden können, was 5 Prozent des BIP entsprechen würde.⁶ Damit würde das korrigiert, was in den letzten Jahren in die andere Richtung stattgefunden hat: eine massive Umverteilung von unten nach oben – dirigiert von einer Wirtschaftselite und ausgeführt von ihren HandlangerInnen in den bürgerlichen Parteien.

Passende Projekte, um mit der Rückverteilung zu beginnen, liegen bereit. So will die eingereichte Erbschaftssteuer-Initiative Erbschaften über 2 Millionen Franken mit 20 Prozent besteuern. Die Einnahmen sollen zu zwei Drittel der AHV und zu einem Drittel den Kantonen – und damit der Gesellschaft als Ganzes – zugute kommen. Die Initiative ›Schluss mit Steuerprivilegien für Millionäre‹ wiederum fordert die Abschaffung der Pauschalbesteuerung, d.h. eine Besteuerung nach Aufwand, für vermögende AusländerInnen, die in der Schweiz wohnen. Und im Rahmen der Debatte zur Unternehmenssteuer-Reform III haben wir die Möglichkeit, eine Steuerharmonisierung in unserem Sinne zu formulieren und dem internationalen sowie interkantonalen Steuerwettbewerb ein Ende zu setzen. Denn Verteilungsfragen enden nicht an der Landesgrenze. Wir wollen, dass die Schweiz nicht länger ein Steuerdumping-Land bleibt und so anderen Ländern Steuereinnahmen raubt.

Demokratie und Macht auf dem Prüfstand

Rückverteilung und somit Verteilungsgerechtigkeit als politische Forderung ist richtig und wichtig. Es dabei zu belassen, wäre aber falsch. Es soll nicht nur darum gehen, die Kuchenstücke gerechter zu verteilen. Vielmehr sollen die politischen Projekte den Anspruch haben, bestehende Diskurse aufzugreifen, das heutige wirtschaftliche und gesellschaftliche System in Frage zu stellen und ihm eine denkbare, wirtschaftspolitische Alternative gegenüberzustellen.⁷

Für die BefürworterInnen des kapitalistisch-neoliberalen Systems müssen die riesigen Reichtümer einiger weniger durch den Staat geschützt werden. Diese Denklogik gilt es zu durchbrechen. Nicht die Interessen von wenigen sollen die Politik und Wirtschaft bestimmen, sondern die Menschen legen demokratisch die Spielregeln fest, wie wir unsere Gesellschaft gestalten. Dieser Alternative liegt eine tiefgreifende Überzeugung zugrunde, dass unser Zusammenleben – also auch die Frage der Verteilung von Reichtum – keinem unverrückbaren Naturgesetz folgt, sondern eine Frage der Machtverhältnisse und somit wandelbar ist.

Mit Projekten wie der 1:12-Initiative nehmen wir den Managern die Macht, allein über ihre Saläre zu bestimmen und sich auf Kosten aller anderen zu bereichern. Denn diese Macht lässt sich nicht rechtfertigen: Wohlstand und Erfolg beruhen nicht auf einer individuellen Leistung, sondern vielmehr auf der gemeinsam erbrachten Leistung und Lasten werden von der Gesellschaft solidarisch getragen. Deshalb ist es auch Aufgabe und Recht der Gesellschaft, Regeln aufzustellen, wie Reichtum verteilt werden soll.⁸

Die heutigen Verhältnisse sind nicht in Stein gemeißelt. Es ist kein Naturgesetz, dass ein paar wenige abzocken und auf dem Buckel von anderen leben. Eine andere Gesellschaft ist möglich. Um dieses vermeintlich Undenkbare denkbar zu machen, müssen wir der Mehrheit zeigen, wie sich wenige bedienen und wie wir gemeinsam Alternativen schaffen können. Die Mächtigen des kapitalistischen Systems wollen uns vormachen, dass ein gemeinsamer Kampf

für Veränderung gar nicht möglich ist. In diesem Konflikt brauchen wir daher eine gemeinsame Identität und ein gemeinsames Verständnis, wer heute die Macht hat und wie wir etwas verändern können. Abstimmungskämpfe und konkrete politische Projekte, wie sie oben skizziert wurden, stellen eine Möglichkeit dar, die Menschen anhand bestehender Diskurse zu erreichen, neue öffentliche Debatten zu führen und damit die Türen zu neuen Denkräumen und Alternativen aufzustoßen.

Der wichtigste Diskurs dreht sich jedoch um die Forderung nach mehr Demokratie: Wer hat das Recht und die Macht, zu bestimmen? Es geht also nicht nur um die Frage, wie der Kuchen gerecht verteilt wird, sondern darum, wem die Bäckerei gehört: uns allen oder ein paar wenigen. Damit fordern wir Gerechtigkeit und stellen die Frage nach Demokratie und Macht auf den Prüfstand.

Literatur

- Baumann, Hans und Ringger, Beat (2011): Richtig Steuern. Wie mit Steuern jährlich 25 Milliarden Franken an die Bevölkerung rückverteilt werden können. Zürich.
- Berg, Andy, Ostry, Jonathan, und Zettelmeyer, Jeromin (2008): What Makes Growth Sustained?. IMF Working Paper 8/59.
- Löpfe, Philipp (2012): Der Abgesang auf die soziale Marktwirtschaft. Tagesanzeiger-Online 03.04.2012. (letzter Zugriff: 21.03.2013).
- Stiglitz, Joseph (2012): Der Preis der Ungleichheit. Sidler.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu auch die Artikel von Urs Marti und Franziska Bender in diesem Buch
- 2 Siehe z.B. Stiglitz 2012
- 3 Berg et al. 2008
- 4 Gleichzeitig funktioniert auch der Sozialstaat immer mehr nach neoliberalen Prinzipien. In den letzten Jahren hat eine Abkehr vom Welfare State hin zum Workfare State stattgefunden, der die Schuld der betroffenen Person gegenüber dem Staat betont und für jede soziale Leistung eine Gegenleistung derselben einfordert mit dem Ziel, jenen, die Sozialleistungen beantragen, Schuldgefühle zu vermitteln und staatliche Leistungen so unattraktiv wie möglich zu gestalten.
- 5 Löpfe 2012
- 6 Baumann/Ringger 2011
- 7 Vgl. hierzu auch den Artikel von Tania Walliser und Cédric Wermuth in diesem Buch
- 8 Vgl. hierzu auch den Artikel von Franziska Bender in diesem Buch